

Lokales Borgholzhausen

HALLER KREISBLATT NR. 19, DONNERSTAG, 23. JANUAR 2014



Warnte davor, sich zu früh zu freuen: Landtagsabgeordnete Wibke Brems erklärte die neuen Abstandsregeln für Stromtrassen, die im Landesentwicklungsplan vorgesehen sind. Das Papier ist aber derzeit noch ein Entwurf und kein Gesetz, auf das man sich berufen kann.

FOTO: A. SCHNEIDER

Hoffen auf den neuen LEP

Diskussionsabend zur 380-kV-Höchstspannungsleitung bringt ganz neue Aspekte ins Spiel

VON ANKE SCHNEIDER

■ **Borgholzhausen.** Ausgerechnet der Landesentwicklungsplan (LEP), der den kleineren Gemeinden ein Dorn im Auge ist, könnte helfen, die geplante Höchstspannungsleitung in die Erde zu verbannen. In ihm sind erstmals Abstandsregelungen zu Wohnbebauungen vorgesehen. „Der Plan ist allerdings noch im Entwurfsstadium“, warnte die Grünen-Landtagsabgeordnete Wibke Brems vorgestern Abend im Bürgerhaus vor früherer Euphorie.

Gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Britta Haßelmann war Wibke Brems auf Einladung der Pümer Grünen und der Bürgerinitiative gegen die 380-kV-Freileitung nach Pümer gekommen, um mit Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren und nach Möglichkeit Rede und Antwort zu stehen. Dass das Thema auf den Nägeln brennt, zeigte der Andrang im Bürgerhaus. Mit über 60 Interessierten war der Saal im ersten Stock zum Bersten gefüllt. Die letzten Zuhörer mussten die Diskussion stehend im Türrahmen verfolgen.

Zur Einleitung erläuterte Britta Haßelmann den gesetzlichen Rahmen, auf dessen Grundlage der Netzausbau geplant wird. Das Energieleitungsausbaugesetz habe 2009 noch die schwarz-gelbe Bundesregierung beschlossen. Die Grünen hätten von Anfang an die mangelnde Bürgerbeteiligung und die fehlenden Abstandsregelungen kritisiert. 2011 sei zusätzlich das Bundesbedarfsplanungsgesetz auf den Weg gebracht worden, das im Wesentlichen Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus beinhaltet, die

Engpässe in der Stromversorgung innerhalb Deutschlands vermeiden sollen.

Wibke Brems erläuterte anhand verschiedener Grafiken, warum diese Nord-Süd-Trassen von großer Bedeutung sind. Ein gut ausgebautes Stromnetz sei eine wichtige Säule auf dem Weg zur Versorgung mit erneuerbaren Energien. Anhand einer Karte zeigte sie, dass im Norden mehr Strom aus Wind und Sonne produziert werde als im Süden. „Je größer das Netz, desto besser die Lastverteilung“, sagte sie. Speichertechnologie benötige man erst, wenn 75 Prozent des Stroms aus erneuerbarer Energie

Landesentwicklungsplan sieht 400 Meter Abstand zur Wohnbebauung vor

gewonnen werde.

Dass die Trassen unnötig wären, wenn man mehr dezentrale Energieerzeuger baue, sei ein Märchen. Brems betonte, dass in der Politik niemand mehr an geplante Stromtrassen herangehen wolle. 1800 Kilometer Höchstspannungsleitungen würden insgesamt gebraucht, gut 230 Kilometer seien erst gebaut, fügte Britta Haßelmann an.

Marcus Kemper von den Borgholzhausener Grünen stellte fest, dass die Diskussion, ob die Trasse 16 von Lüstringen nach Gütersloh gebraucht werde oder nicht, niemanden weiterbringe. Es gehe lediglich um die Rahmenbedingungen. Und da, so stellte Kemper zutreffend fest, könnte der LEP eine Wende bringen. Darin seien 400 Meter Abstand zu Siedlungen und 200 Meter Abstand zu Einzelhäusern vorgesehen. Wibke Brems bestätigte das, gab aber zu bedenken, dass der LEP erst im Entwurfs-

stadium sei. Einwendungen dagegen seien möglich und zeichnen sich auch ab.

Im Sommer komme der Entwurf in den Landtag und ein halbes Jahr später könne ein Gesetz daraus werden. Die Bestandteile des LEP seien lediglich „Ziele in Aufstellung“, also noch nicht verbindlich. Britta Haßelmann betonte aber, dass der LEP nicht zu unterschätzen sei. Die Stadt und auch die Bürgerinitiative könnten Stellungnahmen dazu abgeben. Skeptischen Stimmen aus dem Zuschauerraum, dass die Abstandsregelungen im LEP nur für neue Trassen gelte, die Trasse 16 aber auf einer bestehenden Trasse gebaut werden soll, entgegnete Hartmut Halden von der Bürgerinitiative. „Die Bezirksregierung hat uns bestätigt, dass die geplante Höchstspannungsleitung ein Neubau ist.“ Demnach würden die Vorgaben im LEP auch gelten.

Heinz Schlüter von der Bürgerinitiative nutzte das Forum, um auf die Möglichkeit von Einwendungen gegen die Höchstspannungsleitung aufmerksam zu machen. Die können die Stadt, die Bürgerinitiative und jeder einzelne Bürger auch im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens auf den Weg bringen, und zwar nach der Auslegung der Pläne. Das werde voraussichtlich Mitte Februar soweit sein.

Er appellierte an alle Pümer, rege Gebrauch davon zu machen. Die Einwände können bei der Bezirksregierung oder bei der Stadt abgegeben werden. Die Bürgerinitiative bot an, die Pümer Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen. Wibke Brems bot an, der Bürgerinitiative einen Experten für Einwendungen an die Seite zu stellen.

Dierk Bollin überraschte die beiden Politikerinnen mit einem

kurzen Vortrag darüber, welche Hebel die Bürgerinitiative bereits in Bewegung gesetzt hat. Er berichtete von zahlreichen Gesprächen mit der Firma Ampriion und Vertretern der Politik. Auch mit Erdkabelherstellern und Tiefbauunternehmen hat sich die Bürgerinitiative in Verbindung gesetzt.

Das Fazit des Elektromeisters: „Ein Erdkabel ist technisch kein Problem, auch durch den Teuto kommen wir durch“, erklärte er. Die Politik sei jetzt gefordert, dem Lobbyismus entgegenzutreten, denn die Erdverkabelung würde ungerechtfertigterweise schlechtmacht. „Mit einer Trassenbreite von zehn bis 15 Metern kämen wir hin“, sagte

Raumordnungsverfahren in Niedersachsen beginnt ebenfalls im Frühjahr 2014

Bollin.

Schließlich meldete sich auch der Sprecher der Meller Bürgerinitiative, Frank Vornholt, zu Wort. In Niedersachsen ist bekanntlich ein Raumordnungsverfahren angeordnet worden, das im Gegensatz zum Planfeststellungsverfahren im westfälischen Bereich Abstandsregelungen von vornherein vorsieht. Er berichtete, dass auf niedersächsischem Gebiet teilweise der festgelegte Mindestabstand von 400 Metern zu Wohnhäusern unterschritten wird. „Wenn Ampriion diese Abstände, wie von uns gefordert, wirklich einhalten muss, werden sie keine Trasse für eine Freileitung finden.“ Das Raumordnungsverfahren für den niedersächsischen Trassenabschnitt startet übrigens ebenfalls im Frühjahr 2014. Auch hier sind alle Bürger gefragt, ihre Bedenken und Anregungen einzubringen.

